

GRETA

MAGAZIN DER MÜNCHNER GRÜNEN

APRIL 2019



**EUROPA, DAS SIND
WIR ALLE**

HENRIKE HAHN –
EUROPÄERIN MIT
LEIB UND SEELE

FRIEDENSERZÄHLUNG
DIE IDEE EUROPA
HAT EINE DIVERSE
GESCHICHTE

**GROSSE
IDEE
EUROPA**

KOMMT, WIR BAUEN DAS NEUE EUROPA!



GROSSE IDEE EUROPA



KOMMT, WIR BAUEN
DAS NEUE EUROPA!

- | | | | | | |
|----|---|----|--|----|---|
| 8 | Mehr Europa wagen!
Kommt, wir bauen
das neue Europa! | 3 | Editorial | 20 | Bericht aus dem Stadtrat |
| 10 | Europa, das sind wir alle
Interview mit Henrike Hahn
von Marcel Rohrlack | 4 | Mein Münchenbild | 23 | Meldungen |
| 12 | Bayern in Europa –
Europa in Bayern
von Florian Siekmann | 7 | Hier schreibt
der Vorstand | 26 | Aus den Ortsverbänden |
| 13 | Für ein Europa der
Menschenrechte
von Margarete Bause | 7 | Einladung: Die nächsten
Stadtparteitage | 28 | Internationaler
Frauentag |
| 14 | Die Idee Europa
von Nejma Tamoudi und Florian Roth | 18 | Grüne Jugend München | 29 | Personalia |
| 16 | Warum brauchen
wir Europa?
von Peter Heilrath | | | 30 | 5 Fragen an ...
Catharina Grabner und
Ludwig Felder |
| 17 | Kommt, wir bauen
das neue Europa!
von Jamila Schäfer | | | | |

Foto: kallejipp / Photocase



Europa macht uns manchmal Bauchschmerzen. Brexit oder nicht? Rechtsruck und Abschottung, Glyphosat und Gleichgültigkeit. Dabei kann Europa so viel mehr – und wir haben der EU so viel zu verdanken. Deshalb kämpfen wir für eine bessere EU und ein ökologisches, demokratisches und soziales Europa.

Europa. Die beste Idee, die Europa je hatte!



Wir Grüne sind stolz darauf, Pro-Europäer*innen zu sein. Das neue Europa bauen, das packen wir Grüne an, auf allen Ebenen. Hier in Bayern haben wir vor wenigen Wochen ein Zeichen gesetzt für Artenvielfalt. Das extrem erfolgreiche Volksbegehren „Rettet die Bienen“ findet weit über Bayerns Grenzen hinaus Beachtung. Und auch unser Radentscheid, für den wir Grüne gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern seit wenigen Tagen in München Unterschriften sammeln, setzt ein solches Zeichen: Bürgerinnen und Bürger fordern offensiv ein Umdenken hin zu Klimaschutz und Nachhaltigkeit – und zwar auf politischer Ebene. Wir brauchen Regeln und Rahmenbedingungen, die ein gutes Leben für alle – Mensch, Tier, Natur – möglich machen und die es allen möglich machen, ressourcenschonend und umweltfreundlich zu leben.

Wer am 26. Mai uns Grüne wählt, wird die Stimme derer stärken, die für ein menschenfreundliches und demokratisches Europa eintreten. Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte – das sind die Werte, auf denen das Europa gebaut ist, in dem wir leben wollen. Wir Grüne wollen Verantwortung übernehmen und Europas Versprechen erneuern. Dass wir die Richtigen dafür sind, dafür werben wir auch mit dieser GRETA, dem Magazin der Münchner Grünen. Henrike Hahn, unsere bayerische Spitzenkandidatin für die Europawahl, ist mit Leib und Seele Europäerin – beruflich, privat, politisch. Unsere Kandidatin aus München wird mit Leidenschaft, Optimismus und Tatkraft für ein besseres Europa kämpfen. Hier im Heft könnt Ihr sie kennenlernen (Seite 10/11).

Gudrun Lux

Für die Redaktion
Andreas Gregor, Sofie Langmeier,
Gudrun Lux, Marcel Rohrlack,
Anna Schmidhuber

MEIN MÜNCHENBILD

Vielfalt macht schön

von Andreas Gregor

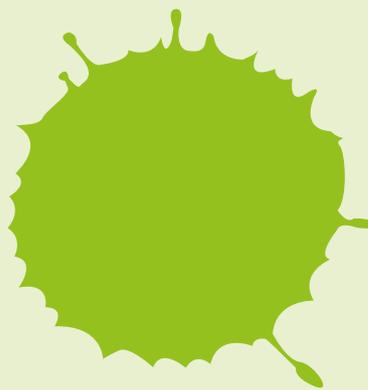
München ist vielfältig und in dieser Vielfalt liegt ein besonderer Reiz. Eine Bilderbuchstadt, die vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten gleichsam eingefroren ist – das wäre spießig und nicht mehr als eine hohle Tourinummer. Aber München lebt, mit seinen Zwiebeltürmen und Fachwerkhäusern, mit Industriedenkmalern und moderner Architektur – in der Vielfalt liegt die Stärke, die die Stadt ausmacht. Dabei dürfen wir, finde ich, ruhig mehr wagen: architektonisch, kulturell, gesellschaftlich. Damit Münchens Gesicht so bunt ist wie seine Bewohner*innen.



**MIT
MACHEN!**

Was ist Dein
Münchenbild? Schick es
uns mit kurzer Beschrei-
bung an [greta@
gruene-muenchen.de](mailto:greta@gruene-muenchen.de)
Danke!

Fachzeitschrift für grüne und alternative Kommunalpolitik



Auf den Punkt gebracht:

AKP-Abo jetzt!

Information – Analyse – Best Practice

Egal, ob Sie ein Mandat haben, in der Verwaltung beschäftigt sind oder einem Verband angehören: Auch in der Kommunalpolitik sind profundes Wissen und verlässliche Informationen unabdingbar für erfolgreiches Arbeiten. Das finden Sie in unserer Zeitschrift Alternative Kommunalpolitik. Sie erscheint alle zwei Monate mit aktuellen Berichten, nützlichen Tipps und einem Schwerpunktthema.

Ein Jahresabo* kostet für sechs Hefte à 60 Seiten 60 Euro (In- und Ausland). Die Lieferung erfolgt versandkostenfrei.

* Das Abo gilt bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres; es verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, falls nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.



Ja, ich möchte mein eigenes **Abo!**

Ich kenne die AKP noch nicht – bitte senden Sie mir ein kostenloses **Probeheft**

Lieferung an

Vorname | Name

Straße | Nr.

PLZ | Ort

Ort | Datum

Unterschrift

Gewünschte Zahlungsweise bitte ankreuzen

Rechnung Einzugsermächtigung

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

AKP

Alternative Kommunalpolitik e.V.

Luisenstr. 40 | 33602 Bielefeld
Tel. 0521 177517 | Fax 0521 177568

akp@akp-redaktion.de
www.akp-redaktion.de

HIER SCHREIBT DER VORSTAND

Klimaschutz kennt keine Grenzen

von Gudrun Lux

Okologisch, demokratisch und sozial ist dieses Europa, an dem wir bauen. Und das sind auch die Grundpfeiler für unsere Stadtgesellschaft. In fünf Arbeitsgruppen, die allen Mitgliedern offen stehen, schreiben wir unser Kommunalwahlprogramm. Viele Köpfe denken mit – eine Stärke unserer Partei. Am 23. März (nach Redaktionsschluss dieses Hefts) haben wir auf einem Stadtparteitag unsere Kandidatin für das Oberbürgermeisteramt gekürt, im Sommer folgt der Programmparteitag und im Herbst stellen wir unsere Liste für den Stadtrat auf. Die Kommunalwahl haben wir schon fest im Blick, auch in unserem begeisterten Wahlkampf für Europa. Klimaschutz kennt keine Grenzen: Was wir hier tun und entscheiden, hat Auswirkungen weit über das Hier und Jetzt hinaus. Deshalb bauen wir auch hier in München mit unseren kommunalpolitischen Initiativen und unserem kommunalpolitischen Engagement ganz konkret mit am neuen Europa.

Wir tun das als wachsende Partei, die sich den Herausforderungen dieses Wachstums stellt. Wir freuen uns, dass wir unser Geschäftsstellenteam noch im Laufe des ersten Halbjahrs 2019 wieder komplettieren. Ab 1. April ist Stefanie Rothermel als neue Geschäftsführerin unseres Kreisverbandes bei uns. Die 27-jährige war bislang Bundesvorsitzende der Katholischen Jugendbewegung Deutschlands (KLJB) und dort unter anderem geschäftsführend, finanz- und personalverantwortlich tätig. Ab 1. Mai wird Ulrich Lobinger, 38, ein ehemaliger Rathausrepor-

ter des Münchner Merkur und bisheriger Pressesprecher des Referats für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München, bei uns Grünen Kommunikationsreferent. Wir sind überzeugt, dass beide eine sehr gute Wahl für die Verstärkung unserer Geschäftsstelle sind und freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit!

Personelle Veränderungen gibt es auch bei unserem eigenen Gremium, dem Stadtvorstand. Da der Parteitag erst nach Redaktionsschluss zusammentrat, können wir an dieser Stelle nicht davon berichten – bitte schaut auf gruene-muenchen.de vorbei, um auf dem Laufenden zu sein. Dies ist jedenfalls das letzte Mal, dass der Vorstand in dieser Zusammensetzung an dieser Stelle schreibt. Hinter uns liegen erfolgreiche, begeisternde und oft auch wahnsinnig anstrengende Monate und Jahre. Wir wünschen dem neuen Vorstand – insbesondere denen, die ganz neu in das Gremium gewählt sind – gutes Gelingen, wohlwollende Unterstützung und viel Erfolg!



Der Vorstand der Münchner Grünen

(v.l.: Helena Geißler, Sylvio Bohr, Christian Smolka, Gerrit Siegers, Gudrun Lux, Julia Post)

EINLADUNG ZU DEN NÄCHSTEN Stadtparteitagen

**20. UND 21. JULI:
KOMMUNALWAHLPROGRAMM UND
DELEGIERTENWAHLEN LDK, BDK**

**13. UND 14. SEPTEMBER:
AUFSTELLUNGSVERSAMMLUNGEN
OB-KANDIDAT*IN UND
STADTRATSLISTE**

Diese Termine sind bereits in Planung. Satzungsgemäß wird es noch mindestens einen weiteren Stadtparteitag geben. Die genaue Tagesordnung findet Ihr rechtzeitig auf unserer Website.

Die Stadtparteitage sind die Mitgliederversammlungen der Münchner Grünen. Alle Mitglieder des Kreisverbands sind stimmberechtigt.

SCHWERPUNKT

GROSSE IDEE EUROPA

KOMMT, WIR BAUEN DAS NEUE EUROPA!





Kein Weiter wie bisher. Kein Zurück in den Nationalismus. Wir wollen Verantwortung übernehmen und Europa neu begründen: Ökologisch, demokratisch und sozial. Dafür kämpfen wir bei der Europawahl 2019.

Wir wollen, dass es in Europa fair und gerecht zugeht, wir kämpfen für Wohlstand und Gerechtigkeit für alle. Henrike Hahn, unser bayerische Spitzenkandidatin für die Europawahl, engagiert sich seit Langem für eine nachhaltige Wirtschaft, die Klimaschutz als echten Standortvorteil sieht. Wir haben mit ihr darüber gesprochen. Florian Siekmann ist europapolitischer Sprecher unserer Landtagsfraktion und setzt sich dafür ein, dass Bayern proeuropäische Politik macht. Was das bedeutet, schreibt er in diesem Heft. Unsere Bundestagsabgeordnete Margarete Bause analysiert als menschenrechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion: Das einzigartige Friedensprojekt Europa wird nicht nur von außen bedrängt – sondern auch von innen. Nejma Tamoudi und Florian Roth gehen mit philosophisch-politikwissenschaftlichem Blick der Frage nach, was die Idee Europa ausmacht. Diese und weitere Schlaglichter findet Ihr in dieser Europa-GRETA.

EUROPA, DAS SIND WIR ALLE

von Marcel Rohrlack
Foto: Andreas Gregor



Henrike Hahn

ist Politikwissenschaftlerin und hat in Paris, Ann Arbor/Detroit (Michigan, USA), sowie München studiert. Sie arbeitete in der Unternehmensberatung für technologieorientierte Unternehmen und als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Landtag und Bundestag. Henrike ist bayerische Spitzenkandidatin für das Europaparlament und Mitglied des Landesvorstands der bayerischen Grünen. Seit 2012 engagiert sie sich bei den Grünen. Sie lebt mit ihren beiden Töchtern in Neuhausen-Nymphenburg.

Henrike Hahn will Ökologie und Ökonomie zusammendenken. In klima- und umweltpolitischen Fragen erlebt sie die EU immer wieder als Motor – auch für Deutschland.

Du engagierst dich seit Jahren in der Europapolitik. Warum Europa?

Ich bin überzeugte Europäerin mit Leib und Seele. Europa hat mein Leben sehr bereichert. Ich habe am CAP der LMU in der Forschungsgruppe Europa gearbeitet, und auch an der Sorbonne in Paris studiert. Meine erste kleine wissenschaftliche Publikation war zur Wirtschafts- und Währungsunion an der Stiftung Wissenschaft und Politik. Und auch als Unternehmensberaterin für technologieorientierte Unternehmen hatte ich den Focus Europa. Anderswo arbeiten, studieren, leben und lieben – das ist eine Freiheit, die allen Europäer*innen offenstehen sollte. Europa ist für uns lebenswichtig, für Frieden, für Wohlstand und die Möglichkeit ökologisch und sozial zu gestalten.

Angesichts des Rechtsrucks in Europa und auch bei uns in Bayern wird die Europawahl eine Schicksalswahl. Nie war es so wichtig wie heute, die Errungenschaften der EU zu verteidigen und sie zu erneuern.

Der europäische Integrationsprozess ist nicht linear. Da rumpelte es immer wieder, so wie jetzt auch beim Brexit. Und trotzdem geht es immer weiter und wir versuchen, es besser zu machen.

Der Aachener Vertrag soll die deutsch-französische Freundschaft als Motor der EU wieder stärken. Entsteht durch die bilaterale engere Kooperation ein Europa zweier Geschwindigkeiten?

Der Aachener Vertrag ist ein wichtiger Schritt, auch wenn wir Grüne uns mehr Konkretes etwa im Umwelt- und Klimaschutz gewünscht hätten. Auch Macrons Appell zum „Neubeginn in Europa“, der an alle europäischen Länder gerichtet ist, ist eine gute Initiative. Es ist denkbar, dass einzelne Länder vorangehen, solange sie die anderen nicht zurücklassen, sondern Vorbild für eine stärkere Integration werden.

In den letzten Jahren diskutieren wir immer mehr über die Existenz der EU statt über die Politik der EU. „Für“ oder „gegen“ Europa scheint für viele der Inhalt der Europapolitik zu sein. Wo siehst du die inhaltlichen Herausforderungen und woran möchtest du im Europäischen Parlament arbeiten?

Die guten Gründe für die EU passen nicht unbedingt in einen Tweet. Ich finde es sehr gesund, politische Institutionen zu überprüfen, um zu sehen, welche Reformen wir vornehmen müssen, um sie noch besser zu machen.

Bei der EU wurde immer wieder zu wenig die demokratische Legitimation mitgedacht. Daran erinnert auch die Bürgerbewegung ‚Pulse of Europe‘: Europa, das sind wir alle, nicht nur einige wenige Politiker*innen in einem Elfenbeinturm.

Im Europaparlament möchte ich mich für grüne Wirtschaftspolitik einsetzen. Und wir brauchen dringend einen EU-Haushalt, der ökologisch-sozialen Zielen entspricht.

Du setzt dich insbesondere dafür ein, Ökologie und Ökonomie in Europa zusammenzudenken und forderst mehr Umwelt- und Klimaschutz auch auf Europaebene. Wie willst du verhindern, dass das von anderen Mitgliedstaaten als deutsche Bevormundung wahrgenommen wird?

Deutsche Bevormundung sehe ich nicht. Deutschland ist leider schon länger kein Vorreiter mehr beim Klimaschutz, auch dank der Großen Koalition. Kürzlich hat die EU strengere Grenzwerte für den Kohlendioxid-Ausstoß für Neuwagen beschlossen, als die Bundesregierung das wollte. Bei vielen klima- und umweltpolitischen Fragen schiebt die EU die Mitgliedstaaten an, auch Deutschland. Wir erleben das zum Thema „Sauberer Boden“ mit der Nitratrichtlinie, oder zu „Saubere Luft“ in München mit den EU-Grenzwerten zu Stickstoffdioxiden. Da hat die EU der bayerischen Staatsregierung auf die Finger geklopft. „Gemeinsam und grenzüberschreitend handeln“ heißt die Devise.

Die USA gibt ihre Klimaverpflichtungen auf und China hat grundsätzlich kaum Vorgaben in diesem Bereich. Bedeutet Ökologie hier einen wirtschaftlichen Nachteil im internationalen Wettbewerb? Treten die gewünschten globalen Effekte dann möglicherweise trotzdem gar nicht ein, wenn wir die einzigen sind?

Die Kosten einer verpassten Klimapolitik sind um ein Vielfaches höher, als jetzt damit zu beginnen. Vor allem aber haben wir keinen Planeten B. Das gilt auch für die USA und China: Nur nachhaltiges Wirtschaften bleibt langfristig wettbewerbsfähig.

In den USA und in China wird inzwischen mehr in Erneuerbare investiert als in der EU. Hier soll Europa aufholen: Mit Erneuerbaren Energien schaffen wir das sicherste, kostengünstigste und sauberste Energiesystem der Welt.

Für die Einhaltung der Pariser Klimaziele müssen wir alle etwas tun, aber Europa soll vorangehen. Ökologische Veränderung muss auch immer sozial verträglich gestaltet werden, das zeigt auch ein Blick nach Frankreich auf die Gelbwesten-Bewegung.

Anfang Februar hat die EU-Kommission die geplante Fusion von Siemens und Alstom gestoppt. Unter anderem die Bundesregierung setzt jetzt auf eine Aufweichung der Wettbewerbsregeln, damit sich Branchengrößen, sogenannte European Champions, bilden können. Brauchen wir European Champions, um insbesondere den chinesischen Megakonzerne etwas entgegenzusetzen?

Wettbewerb ist wichtig für Marktwirtschaft und Innovationen. Trotzdem muss er auch fair sein. Wir brauchen keine Staatskonzerne oder unbedingt europäische Champions. Ich denke nicht, dass Regierungen darüber entscheiden müssen, welche Firma welches Geschäft betreibt. Gleichzeitig sehe ich den Erfolg von Kooperationen im Bereich der Luft- und Raumfahrttechnologie. In bestimmten Bereichen kann eine Kooperation in der Forschung sinnvoll sein, zum Beispiel bei der E-Mobilität oder der Künstlichen Intelligenz. Da sind einzelne Länder nicht stark genug, um mit Ländern wie den USA oder China mitzuhalten.

Abschließend die Gretchenfrage: Wie hältst du's mit der Republik Europa?

Die Idee eines europäischen Passes finde ich wunderbar, und die Diskussion über zukünftige Unionsmodelle spannend. Vor den Verfassungsfragen ist es allerdings wichtig, dass wir in den verschiedenen Politikfeldern in Europa vorankommen, insbesondere in der Klima-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik.

Bayern in Europa – Europa in Bayern

von Florian Siekmann



Bayern liegt im Herzen Europas. Wenn es dort nicht nur geografisch, sondern auch politisch verortet werden soll, brauchen wir eine Politik, die sich klar zu Europa bekennt und bereit ist, die Europäische Union weiterzuentwickeln. Mit der Rhetorik vom Ende des geordneten Multilateralismus ist Ministerpräsident Söder im Landtagswahlkampf Bremser der europäischen Idee gewesen. Da nützt es auch nichts, wenn die CSU mit Ihrem Spitzenkandidaten Weber vor der Europawahl die Europafähnchen auspackt und im Wind des Wahlkampfes wehen lässt. Diesem Opportunismus müssen wir eine proeuropäische Haltung entgegensetzen. Unsere Politik muss auf allen Ebenen einen europäischen Geist atmen: in Brüssel, in Berlin und bei uns in Bayern.

Die Länder und Kommunen spielen im europäischen Gefüge eine entscheidende Rolle. Durch ihre Nähe zu den Bürger*innen müssen sie als Vermittler zwischen den Menschen und der EU wirken. Diese Vermittlerrolle beginnt mit einer umfassenden politischen Bildung in den Schulen. Europa muss noch viel stärker als bisher sowohl in historischer als auch in politischer Hinsicht Inhalt der Lehrpläne werden. Ergänzt um persönliche Erfahrungen aus gut ausgestatteten Jugendaustauschprogrammen werden die Errungenschaften Europas für junge Menschen

spürbar. Doch Europa darf nach der Schule nicht enden. Auch unsere Wissenschafts- und Hochschullandschaft muss noch europäischer werden. Dies kann nur mit mehr Mitteln für Internationalisierung und einem weiterentwickelten Erasmus-Programm für die nächste Förderperiode ab 2021 gelingen.

Auch außerhalb staatlicher Einrichtungen müssen wir in einen intensiven Dialog über die Zukunft der EU treten. Der Freistaat kann eine breit angelegte Debatte im Rahmen eines Leitbildprozesses anstoßen. Ein bayerisches Europaleitbild würde der Landespolitik als Orientierung dienen und die Beteiligung der Bürger*innen, der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie von Expert*innen ermöglichen. In einem solch breit angelegten Dialogprozess wirkt der Freistaat nicht nur als Vermittler europäischer Politik, sondern kann auch die Erwartungen der Bevölkerung an die Europäische Union gezielt an Kommission, Parlament und Rat spiegeln.

Gerade die aktuellen Debatten zum Erhalt der Artenvielfalt und zum Schutz unseres Erdklimas sollten Anstoß für die Staatsregierung sein, sich für diese Anliegen der Bevölkerung auch auf europäischer Ebene einzusetzen. Große Fortschritte können wir dabei nur erreichen, wenn die Regionen und die EU Hand in Hand arbeiten. Wirkungsvoller Artenschutz setzt ein Umdenken in der

EU-Agrarpolitik im Hinblick auf Subventionen und Ackergifte voraus. Gleichzeitig müssen die Regionen bei den landwirtschaftlichen Betrieben verbindliche Umweltschutzmaßnahmen einfordern. Beim Klimaschutz verhält es sich ähnlich. Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat die EU einen ambitionierten Rahmen vorgegeben. Dieser muss nun Hand in Hand ausgefüllt werden, auf europäischer Ebene zum Beispiel durch die Weiterentwicklung des CO₂-Zertifikatehandels und vor Ort in den Regionen unter anderem durch den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien.

Viele dieser Forderungen haben wir mit unserem Grünen Antragspaket „Bayerns Zukunft liegt in Europa“ im Landtag eingebracht. Die Regionen und die Europäische Union tragen eine gemeinsame Verantwortung für das Gelingen der europäischen Idee. Wenn wir Europas Versprechen erneuern wollen, müssen beide Ebenen Hand in Hand zusammenarbeiten.



Florian Siekmann

Landtagsabgeordneter

ist europapolitischer Sprecher seiner Fraktion und engagiert sich für ein pro-europäisches Bayern.

Für ein Europa der Menschenrechte

von Margarete Bause



Foto: @nito / fotolia.com

Europäischer Hotspot Moria auf Lesbos, Griechenland: Menschenrechtsorganisationen berichten seit Monaten über katastrophale Zustände, Krankheiten, Fäkalien, Gewalt, Verzweiflung. Die Situation der derzeit dort lebenden ca. 5000 Menschen – ein Drittel davon Kinder – ist erschütternd und eine Schande für Europa.

Internierungslager Tripolis, Libyen: Folter, Vergewaltigungen, Misshandlungen, Menschenhandel. Die EU unterstützt die libysche Küstenwache, um Menschen, die dieser Hölle übers Mittelmeer entkommen wollen, abzufangen und zurück in diese Lager zu bringen.

Mittelmeer vor Malta, Anfang Januar: Die Sea-Watch 3 darf mit schwerkranken Menschen an Bord tagelang nicht in den Hafen einlaufen. Die EU findet keinen Verteilmechanismus und überlässt die Seenotrettung ehrenamtlich Tätigen. Dafür werden die zivilen Seenotretter*innen kriminalisiert und als Schleuser denunziert.

All das passiert derzeit in der EU. Und dabei ist das klare Bekenntnis zur Förderung und zum Schutz von Menschenrechten eine der zentralen Grundlagen der Europäischen Union. In Art. 2 des Lissabon-Vertrages bekennt sie sich zur Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und zur Wahrung der Menschenrechte. Die EU-Grundrechtecharta verbietet Folter

und Zwangsarbeit, proklamiert Meinungs- und Religionsfreiheit, stärkt das Asylrecht und fordert Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung.

Das einzigartige Friedensprojekt „Europa“ wird keineswegs nur von außen – aus Peking, Moskau oder von Trump in Washington – bedrängt. Nationalismus, Abschottung, Unterdrückung von Freiheit und Minderheiten, die Aushöhlung des Rechts nehmen auch innerhalb der EU zu. In Ungarn wird die Zivilgesellschaft drangsaliert und Schutzsuchenden Nahrung vorenthalten, in Polen die Justiz entmachtet. In der Slowakei und in Malta wurden Reporter*innen ermordet, weil ihre Recherchen schmutzigen Allianzen von Regierenden und Verbrechern zu nahe kamen. Italiens Koalition hetzt gegen Geflüchtete, Österreichs Innenminister tönt, das Recht habe der Politik zu folgen und nicht umgekehrt. Für Deutschland prangerte unlängst das Deutsche Institut für Menschenrechte unter anderem schwere Ausbeutung von Arbeitsmigranten sowie massive Rüstungsexporte in Konflikt- und Kriegsregionen an.

Andererseits: Gerade hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte Frankreich wegen der unmenschlichen Behandlung eines Flüchtlingskindes im Elendslager „Dschungel von Calais“ verurteilt. Die französischen Behörden seien ihrer Pflicht, den afghanischen Jungen

zu schützen, nicht nachgekommen und hätten seine Menschenrechte verletzt.

In Mailand demonstrieren Hunderttausende gegen Rassismus und die „Politik der Angst“. Ungarn erlebt die größten Proteste der vergangenen Jahre unter dem Symbol der Europa-Fahne.

In Deutschland haben sich mittlerweile 45 Kommunen zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Sie stellen sich gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten selbst einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen.

Organisiert von Pulse of Europe gehen bei uns und in vielen europäischen Ländern Monat für Monat Tausende begeisterte Europäer*innen auf die Straße und zeigen Flagge für Europa.

Deshalb: Es ist wichtig wie nie, dass wir uns für ein Europa der Menschlichkeit und der Menschenrechte stark machen, für legale Fluchtwege und das Recht auf Asyl, für den Schutz der Grundrechte und unsere Demokratie. Lasst uns Europas Versprechen erneuern!



Margarete Bause
Bundestagsabgeordnete

ist menschenrechtspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und unermüdlige Kämpferin für Weltoffenheit.

Die Idee Europa

**DIE GRÖSSTE FRIEDENSERZÄHLUNG, DIE WIR KENNEN,
HAT EINE LANGE UND DIVERSE GESCHICHTE**

von Nejma Tamoudi und Florian Roth

Europa bei Nacht – so wie der deutsche ESA-Astronaut Alexander Gerst den Kontinent von oben sieht. Seine Bilder aus dem All verbreitet er über soziale Medien wie Facebook und Twitter und lässt so Menschen auf der Erde an seiner Mission teilhaben.

Europa ist zweifellos die größte Friedenserzählung, die wir kennen. Die ihr zugrunde liegende europäische Idee entspringt jedoch einer Vielzahl ideengeschichtlicher, machtpolitischer sowie normativer Diskurse, die über Jahrhunderte hinweg immer wieder zur Disposition standen – sei es als geostrategischer Rahmen nationaler Grenzverschiebungen, Identitätssurrogat kultureller Hoffnungshorizonte oder politischer Integrationsmechanismus.

In der Antike war Europa dabei noch ein geografischer Begriff unklarer Ausdehnung. Mythologisch begründet in der Geschichte einer phönizischen Prinzessin, die der Gott Zeus in Stiergestalt nach Kreta entführte, gleichsam einer unfreiwilligen Einwanderin aus dem vorderasiatischen Raum, dem Gebiet des heutigen Libanon bzw. Syrien.

Erstmals als politische Einheit gedacht wurde Europa im frühen Mittelalter bis hin zur frühen Neuzeit – und zwar sowohl als Abgrenzungsbegriff gegenüber der Ostkirche im Schisma von Byzanz wie auch als Verteidigungsgemeinschaft gegen arabische Heere im Westen (im 8. Jahrhundert im Kontext von Karl Mar-

tells Kämpfen) und osmanisch-türkische Truppen im Osten (im 15. Jahrhundert nach der Eroberung Konstantinopels durch das Osmanische Reich). Das im Rahmen der christlichen Glaubensspaltung wie auch gegenüber der muslimischen Expansion zu verteidigende Abendland wurde fortan zum zentralen Bezugspunkt kämpferischer europäischer Identitäten.

Verbunden damit war jedoch ein problematischer Anspruch europäischer Überlegenheit gegenüber einem als abtrünnig oder barbarisch empfundenen Außen. Dieser eurozentristische Traditionsstrang lebte auch später noch fort als Legitimation kolonialer Unterdrückung durch eine angebliche zivilisatorische europäische Mission. Verbunden mit rassistischen Stereotypen finden wir ihn in Teilen bis heute in den fremdenfeindlichen, sich gegen Einwanderung richtenden Nationalismen einzelner EU-Mitgliedsstaaten.

Im 18. und 19. Jahrhundert wiederum wendete sich der Gedanke der Einheit Europas aufklärerisch zur Vision von Frieden und Menschenrechten. Dabei speist sich unser gegenwärtiges Europaverständnis wesentlich aus den Dynamiken eben dieses Zeitalters, dessen Fluchtpunkt eine umfassende Emanzipation des Menschen im Zeichen von Autonomie und Selbstverantwortung bildet. An die Stelle paternalistischer und autoritärer Gesellschaftsmodelle trat die rationale Selbstermächtigung des Menschen, dessen Freiheit letztlich zum zentralen Bezugspunkt aller Fragestellungen wurde. Fortan begründete sich Demokratie ausgehend von einer auf Freiheit und Gleichheit basierenden liberalen Volkssouveränität, die sich in der Zuschreibung konkreter Bürger*innen- und Partizipationsrechte, religionspolitischer Toleranzgebote sowie der Sicherung individuellen Eigentums niederschlug.

Dabei war der moderne Europagedanke von Anfang an eine föderale Friedensvision. Der Frühaufklärer Abbé de Saint-Pierre sprach bereits 1712 erstmals von der „Union Européenne“ als Voraussetzung dauerhaften Friedens und auch Immanuel Kant formulierte in seiner Schrift zum „Ewigen Frieden“ (1795) die Idee eines „Föderalismus freier Staaten“ als entscheidendes Mittel zur Pazifizierung. Vor dem Hintergrund eines über Jahrhunderte hinweg konfliktbelasteten europäischen Kontinents sollte der internationale Völkerbund ein staatsrechtliches Bekenntnis zum freien und friedlichen Miteinander darstellen.

Die Vision Europas als Friedensmacht fand ihre Fortsetzung in den tendenziell pazifistischen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die den machtpolitisch orientierten militärischen Nationalismus durch einen friedlichen Zusammenschluss auf höherer Ebene überwinden wollten – von Victor Hugos auf einem Pazifistenkongress 1849 ausgerufenen Ziel der „Vereinigten Staaten von Europa“ über die nach dem I. und viel mehr noch nach dem II. Weltkrieg erstarkenden Europabewegungen.

Allerdings erschöpft sich die europäische Erzählung nicht allein in einer überstaatlichen humanistischen Einheitsidee, sondern ist immer auch gelebte Vielfalt. Wobei Vielfalt hier mehrfach zu verstehen ist – einerseits respektvoll gegenüber tradierten, jedoch nicht starren Partikularidentitäten, andererseits offen gegenüber multikulturellen und durch stetige Einwanderung geprägte Realitäten globalisierter Bewegungen. Europa darf weder zu einer sich gegen Geflüchtete abschottenden Festung werden noch zu einem Verschiedenheit nivellierenden zentralistischen Einheitsstaat. Die

solidarische Verpflichtung zum europäischen Gemeinwohl muss folglich sowohl in regionalen Geschichten und Kulturtraditionen verankert sein wie auch einen Ort des Dialogs bereitstellen, der abgeriegelte Diskurse aufbricht und dadurch die neutralen Strukturen europäischer Verfassungs- und Rechtsstaatlichkeit stets aufs Neue mit Leben füllt.

Als gemeinsamer Rechts-, Freiheits- und Friedensraum hat Europa weiterhin das Potenzial umfassender und nachhaltiger als einzelne Nationalstaaten grenzübergreifende Herausforderungen, wie etwa der Ökologie, der Migration oder des solidarischen und sozialen Zusammenhalts zu bewältigen. Allerdings scheint die europäische Erzählung dabei derzeit ins Stocken geraten zu sein, insofern sie zwischen einer nationalstaatlichen Vergangenheit und einer globalen Zukunft ihre langfristige Vision einer europäischen Demokratie zugunsten wirtschaftspolitischer und kurzfristig orientierter Sachzwangverwaltung verloren hat.

Die derzeitige wirtschaftliche und soziale Krise der Europäischen Union kann mit Ulrike Guérot (2017) deshalb auch als direkte Folge eben jener ungelösten Zwischenstaatlichkeit und des damit einhergehenden postdemokratischen Legitimationsdefizits verstanden werden. Eine These, die auch Jürgen Habermas in seinem Essay „Zur Verfassung Europas“ (2011) teilt, wenn er die Europäische Union vor der „Entscheidung zwischen transnationaler Demokratie und postdemokratischem Exekutivföderalismus“ sieht. Noch immer wird Europa oft mehr als Projekt seiner Regierungen und ihrer intransparenten Verhandlungen als ein offener demokratischer Diskurs- und Beteiligungsraum der Bürger*innen wahrgenommen.

Ein entsprechend partizipativer und kreativer europäischer Diskurs ist letztlich jedoch unabdingbar für ein Europa, dessen Erzählung schon immer im Plural stattfand und dessen Friedensprojekt von einer jeden Generation aufs Neue entworfen wie auch demokratisch gefestigt werden muss. Die europäische Idee der Zukunft ist folglich eine nie abzuschließende kritische Vermittlung von Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Rahmen eines gemeinsamen und konkreten utopischen Projekts, das stets offen bleibt für die Spuren des Anderen – sei es in Form seiner soziohistorischen Genese und kulturellen Vielfalt oder seiner künftigen Miteuropäer*innen und der noch unbedachten Formen des Zusammenlebens.



Nejma Tamoudi

Vorsitzende OV Au/Haidhausen

promoviert an der Hochschule für Philosophie München als Stipendiatin der Heinrich-Böll-Stiftung.



Dr. Florian Roth

Fraktionsvorsitzender im Stadtrat

hat Philosophie und Politikwissenschaft studiert und über „Die Idee der Nation“ promoviert.

Warum brauchen wir Europa?

von Peter Heilrath



Europa ist ein Projekt, das mittlerweile auch durch ein starkes Gefühl des Zusammenhalts der europäischen Bürger*innen getragen wird. Diese emotionale Verbindung auf der einen Seite und die von uns Grünen so energisch abgemahnten Unzulänglichkeiten europäischer Strukturen – zum Beispiel in den Bereichen Demokratisierung und Transparenz – auf der anderen Seite, lassen gerne vergessen, dass die EU heute mehr denn je auch ein Kind schlichter und unbedingter Notwendigkeit ist.

Das Drama der Klimakrise lässt sich sogar nur durch weltweite Anstrengungen in den Griff bekommen. Aber auch durch gemeinsame Anstrengungen der europäischen Staaten lässt sich deutlich mehr bewirken als allein national. So ist die EU schon jetzt ein hilfreicher Verbündeter, um nationale Egoismen bei Klimazielen zu überwinden, und ist für das, was noch getan werden muss, beispielsweise eine Verschärfung des Emissionshandels, notwendiger Akteur.

Deutschland profitiert als Exportnation zwar von der Globalisierung, muss aber den dadurch verursachten Strukturwandel sozial abfedern. Zusätzlich haben eine fahrlässige Steuerpolitik im Bereich Vermögens- und Konzernbesteuerung und ein zu geringes Anwachsen der Einkommen im niedrigen Sektor zu immer größeren Gerechtigkeitslücken geführt.

Die sozialen nationalen Herausforderungen werden dabei ergänzt durch ein europäisches Nord-Süd-Gefälle, das wiederum ganz unmittelbar Deutschland als Marktteilnehmer schadet. Deswegen ist ein europäisches Sozialprojekt zwar auch eine Frage der Solidarität, aber zusätzlich auch eine Frage des Eigeninteresses. Um so tragischer, dass die Bundesregierung sich der Idee eines Eurobudgets mit einer klar sozialen Zielsetzung bis dato verweigert hat.

Auch die steuerlichen Zielsetzungen lassen sich in Zeiten supranationaler Konzerne und der hohen Beweglichkeit auch privater Personen kaum noch national

lösen. So hat sich zum Beispiel Irland als Steueroase für solche Unternehmen etabliert, die dorthin Lizenzrechte auslagern und damit Gewinne verschieben können, die eigentlich an anderer Stelle in Europa entstanden sind. Konzernbesteuerung und Vermögensbesteuerungen sind deswegen ein europäisches Thema und Lösungen werden nur dort gefunden werden.

Auch Friedens- und Sicherheitspolitik braucht die europäische Ebene.

Dabei steht ganz vorne die grüne Forderung nach einer europäischen Rüstungskontrolle mit wirksamen Mechanismen, die nachhaltig das Befeuern von Krisenregionen und das Weiterreichen von Rüstungsgütern in nicht genehmigte Länder über Dritte verhindern.

Zusätzlich kann Deutschland seiner Verantwortung zum Eintreten für Menschenrechte auf ziviler und diplomatischer Ebene, aber auch als Ultima Ratio militärisch – zum Beispiel im UN-Rahmen – kaum mehr alleine gerecht werden.

Also gar nichts gegen Europabegeisterung, ganz im Gegenteil – aber mindestens genau so wichtig ist die nüchterne Erkenntnis, dass wir die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur mit der EU meistern können – und werden. —

Die Landesarbeitsgemeinschaft Europa, Frieden & Internationales der bayerischen Grünen diskutiert globale und europäische Herausforderungen bei Menschenrechten, Sozialem, Sicherheit, Wirtschaft und Verantwortung. Die LAGen haben das Ziel, die inhaltliche und politische Arbeit in der Partei und ihren verschiedenen Gremien zu entwickeln, zu vernetzen und die Zusammenarbeit mit (Fach-)Verbänden, Initiativen und wissenschaftlichen Institutionen zu koordinieren. Sie sind eine Einrichtung des Landesverbands und der Ort ehrenamtlicher Arbeit auf der Landesebene. Die Landesarbeitsgemeinschaften können Delegierte zu den Bundesarbeitsgemeinschaften entsenden und dort an der Meinungsbildung mitwirken – die LAG Internationales entsendet Delegierte in drei fachlich assoziierte BAGen. Sprecherin der LAG ist Katharina Steiner, Sprecher ist Peter Heilrath. Kontakt: lag-internationales@bayern.gruene.de



Peter Heilrath

Sprecher LAG Internationales

ist überzeugt: die EU ist notwendig, um die Herausforderungen Europas zu bewältigen.

Kommt, wir bauen das neue Europa!

von Jamila Schäfer

Foto: @galitskaya / fotolia.com

Die diesjährige ist vielleicht die wichtigste Europawahl der bisherigen Geschichte. Bei dieser Wahl entscheidet sich: Fallen wir zurück in den Nationalismus? Kapitulierte die Politik vor der Globalisierung? Oder begründen wir Europa als starke Gemeinschaft kraftvoll neu? Wir Europäerinnen und Europäer haben es nun in der Hand.

Viele Menschen erleben ein Gefühl von Ohnmacht und Kontrollverlust in einer unübersichtlichen Welt mit komplexen Herausforderungen. Nationalisten instrumentalisieren Ängste für ihre populistische Politik. In Wahrheit geben sie keinen Halt, sondern sie spielen die Menschen in Europa gegeneinander aus und setzen unsere gemeinsame friedliche Zukunft aufs Spiel.

Wir Grüne sind überzeugt: Die Herausforderungen in einer immer stärker vernetzten Welt können wir nur gemeinsam lösen.

Uns bleiben noch etwa zehn Jahre Zeit, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise abzuwenden. Deshalb ist diese Europawahl für den Ausgang der Klimakrise entscheidend, um die Folgen der Erderwärmung kontrollierbar zu halten. Europa muss vorangehen, damit wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens noch erreichen können. Wir wollen einen europaweiten Ausstieg aus Kohle- und Atomstrom und mehr Investitionen in umweltfreundliche Mobilität.

Außerdem wollen wir unser Ökosystem schützen. Dafür wollen wir beispiels-

weise den Plastikmüll bis 2030 um die Hälfte reduzieren und die Wildnisflächen in Europa verdoppeln.

Die Weltordnung befindet sich im Umbruch. Die Gefahr eines neuen Wettrennens zeichnet sich ab. In dieser Situation ist Europa als weltpolitikfähige Akteurin gefragt: als starke Stimme für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und das globale Gemeinwohl. Wir wollen mehr sicherheits- und außenpolitische Zusammenarbeit in Europa, die für Abrüstung sorgt und demokratisch kontrolliert wird. Auch nach innen muss die Europäische Union handlungsfähiger werden, um Grundrechte zu schützen. Wenn autoritäre Regierungen in Mitgliedstaaten Rechtsstaatlichkeit untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen die Kontrolle über die EU-Gelder entziehen können. Außerdem wollen wir die Europäische Grundrechte-Charta für die Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihren eigenen Regierungen einklagbar machen.

Jede*r soll ein Leben in Würde führen können. Leider passt dieser Anspruch noch nicht zur sozialen Wirklichkeit in Europa. Die Vermögenskonzentration nimmt zu und Lebensverhältnisse innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten klaffen auseinander. Die ökonomische Globalisierung macht es immer schwieriger, soziale Gerechtigkeit zu organisieren. Etwa wenn große Konzerne versuchen, Staaten gegeneinander auszuspielen, und die Länder in einen Wettbewerb um die niedrigs-

ten Steuern und Löhne geraten. Doch auch hier helfen keine nationalistischen Antworten, sondern eine Globalisierung sozialer Standards. Deshalb wollen wir verbindliche soziale Mindeststandards und Mindestlöhne in der gesamten Europäischen Union. Außerdem brauchen wir eine gemeinsame Unternehmensbesteuerung und eine europäische Zusammenarbeit bei der Schließung von Steuerschlupflöchern und den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern.

Klimaschutz, Frieden, Demokratie, globale Gerechtigkeit und Zusammenhalt – für all das können wir nur gemeinsam sorgen. Dafür brauchen wir ein handlungsfähiges Europa und eine Politik, die die Menschen und ihre Würde und Freiheit in den Mittelpunkt stellt.

Wir Grüne sind die zuversichtliche und entschlossene Kraft, um die notwendigen politischen Veränderungen anzustoßen und ein Europa des Klimaschutzes, der Rechtsstaatlichkeit und der sozialen Gerechtigkeit zu bauen. Und wir freuen uns über alle, die uns dabei unterstützen.



Jamila Schäfer

Stv. Bundesvorsitzende

koordiniert im Bundesvorstand grüne Politik im europäischen und internationalen Rahmen.



FRIDAYS FOR FUTURE: EINE NEUE GENERATION KLIMASCHÜTZER*INNEN BEKOMMT EINE STIMME

VON LILIANE KÖPPL

Die Lebenswelt, in die die heutige Jugend vor noch nicht einmal zwei Jahrzehnten hineingeboren worden ist, bietet eine Menge Möglichkeiten und Freiheiten.

Doch noch bevor wir auch nur die Chance bekommen, in sie hineinzuwachsen und uns in ihr zu entfalten, treten vielen von uns ihre Schattenseiten vor Augen. Da sind Regenwälder, die schneller zu sterben scheinen, als wir wachsen können. Mikroplastik, das sich schneller zu mehren scheint als unsere Erfahrungen. Zeit, die schneller davon zu laufen scheint, als wir voranschreiten können.

Die Erkenntnis, dass dieses schöne Leben für alle nicht mehr möglich sein wird, ist unglaublich bedrückend.

Was für ein Gefühl – aufzuwachsen mit dem Bewusstsein, dass es um unsere Zukunft mit jedem Lebensjahr, das wir vollenden, schlechter bestellt ist.

Dass Selbstverständlichkeiten wie den Pariser Klimazielen, dem Dreh- und Angelpunkt unserer Zukunft, oder eigenen Klimazielen der Bunderegierung in Deutschland wenig bis keine Bedeutung zugemessen wird, erscheint surreal – und ist doch Teil der bitteren Wirklichkeit aller

ökologiebewegten Menschen. Auch wenn das von unseren Kritikern*innen gerne bezweifelt wird, würden die Schüler*innen von Fridays for Future freitags wirklich gerne in die Schule gehen.

Denn wir haben eigene Ziele und Träume, denen wir gerne nachjagen würden oder für welche wir uns gerne engagieren würden.

Doch leider haben wir aufgepasst, als es im Unterricht um Gewissen und Verantwortung ging, auch im Geografieunterricht und bei der medialen Berichterstattung über die Klimakrise.

Anstatt an der Frage des WIE zu verzweifeln, begannen wir einfach zu handeln

Angesichts der Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sehen, ist es uns als der jungen Generation nicht mehr möglich, unsere Unbeschwertheit zu bewahren – denn es ist uns schmerzlich bewusst, dass wir für ein lebenswertes Morgen schon heute entschieden eintreten müssen.

Der Frage danach, wie wir diese Krise bewältigen sollen, standen einige von uns in der Vergangenheit oft ratlos gegenüber – und nicht selten mit dem Gefühl, allein zu sein.

Fridays for Future hat das verändert. Denn Kern der Bewegung ist genau das, was es in kritischen Zeiten wie der heutigen braucht: Hoffnung und Zusammenkunft. Eine Anlaufstelle für jede*n, die*der unseren Wunsch nach einer lebenswerten Zukunft teilt.

Anstatt an der Frage des WIE zu verzweifeln, begannen wir einfach zu handeln – und einen politischen Willen zu formulieren. Einen politischen Willen nach nichts Geringerem als dem Bewahren unserer Lebensgrundlage. Zeit unseres Lebens hat es keine Bewegung gegeben, die einer Mentalität des "weiter so" ein derart vehementes "NEIN" gegenübergesetzt hat.

Das Format eines Streiks und dessen Schlagkraft bringt deswegen so viel bestärkende Energie mit sich, weil es uns Schüler*innen beweist, dass wir wirklich etwas bewegen können, dass unser Einsatz nicht unbeachtet verhallen wird. Es bringt uns Glauben an das eigene Engagement. Sobald dieser vorhanden ist,

können wir andere Menschen inspirieren, welche zuvor aus Angst vor Misserfolgen und mangelnden Erfolgsaussichten nie aus ihrer Resignation erwacht wären.

Fridays for Future ist das Sprachrohr der neuen Ökologiebewegung.

Ein Ventil, über das wir Frustration und Verzweiflung ausdrücken können, vor allem aber ein Lausprecher, der unsere Hoffnungen mit der maximalen Lautstärke, die uns das KVR gestattet, in die Welt trägt.

Diese Bewegung erlaubt es uns, Mut und Tatkraft aneinander weiterzugeben und uns gegenseitig zu bestärken.

Aber diese Form des Empowerments muss keineswegs auf der Ebene einer Schüler*innengruppe stehen bleiben.

Denn Fridays for Future hat nicht nur das Potenzial, Schüler*innen zu bewegen. Wir von Fridays for Future sind fest davon überzeugt, dass der Protest junger Leute vor allem erwachsene Generationen zum verantwortlichen, zukunftsorientierten Handeln bewegen kann.

Ohnehin ist Wandel von einer solchen Größenordnung wie der Klimawende ein Kraftakt, den wir alle gemeinsam stemmen müssen, und in dem es auf jede*n Einzelne*n ankommt.

Die neue Welle an Begeisterung und Elan, die der Klimabewegung aktuell zuteil wird, muss zu einer gesamtgesellschaftlichen werden.

Initiativen wie #ParentsForFuture, verschiedene ergriffene Erwachsenen, unterstützende Lehrer*innen und sogar mit

uns solidarische Rentner*innen konnten uns bereits bereichern und uns in unserem Protest bestätigen.

Lasst uns den Funken, den Greta Thunberg in die Welt gesetzt hat, nun noch weitertragen – denn Schulstreiks mögen ein größtenteils für Schüler*innen geeignetes Format sein. Aber an der Klimawende aktiv mit anpacken können wir alle, überall und jederzeit. Dadurch, dass unsere Botschaften gerade in die breite Masse der Bevölkerung gelangen, öffnet sich ein Fenster zu neuen Möglichkeiten, mehr Menschen für grüne Themen zu sensibilisieren und realpolitische Maßnahmen durchzusetzen. Diese einmalige Chance sollten wir alle in Solidarität miteinander ergreifen.

Bei Fridays for Future handelt es sich auch um eine Bewegung, die aufgrund ihrer Kontinuität einen enormen Organisations- und Kostenaufwand mit sich bringt. Sie wird ausschließlich von Studierenden und Schüler*innen am Leben erhalten, welche ihre zeitlichen Ressourcen hierfür gänzlich aufopfern. Was wir jedoch schwerlich von uns aus stemmen können, sind die finanziellen Belastungen, welche unsere Demonstrationen mit sich bringen.

Falls du unsere Bewegung gerne unterstützen willst, kannst du das also unter anderem über unser Spendenkonto tun:

Kontoinhaber:

Fridays for Future München

Spendenkonto 200 301 0201

IBAN: DE30 7002 0500 2003 0102 01

BIC: BFSWDE33MUE

Vielen Dank für deine Unterstützung! We are unstoppable, another world is possible – gemeinsam hält uns niemand auf!

Liliane Köppl ist politische Sprecherin für Fridays for Future München

IMPRESSUM

Herausgegeben von der
Grünen Jugend München gjm.de

BERICHT AUS DEM STADTRAT

Foto: Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste



Katrin Habenschaden, Christoph Chorgherr und Markus Büchler, MdL beim Pressegespräch im Münchner Rathaus.

Wohnen: Was kann München von Wien lernen?

Wohnungspolitik stand auch im Mittelpunkt eines Pressegesprächs, zu dem Fraktionschefin Katrin Habenschaden den langjährigen Wiener Gemeinderat und Landtagsabgeordneten Christoph Chorgherr und den bayerischen Landtagsabgeordneten Markus Büchler begrüßte.

Die Wiener „Gemeindebauten“ haben eine jahrzehntelange Tradition und stoßen mittlerweile europaweit auf Interesse. Aufsehen erregte im letzten Herbst eine Novelle der Wiener Bauordnung, nach der künftig zwei Drittel aller neuen Wohnungen gefördert sein müssen. Für diese Wohnungen darf eine Nettomiete von maximal 5 Euro pro Quadratmeter (mit Nebenkosten sind das 7 bis 8 Euro pro Quadratmeter) verlangt werden.

Christoph Chorgherr verwies in seinem Vortrag zunächst auf den einzigartig hohen Bestand an Wohnungen im Besitz der

Stadt Wien oder gemeinnütziger Träger. „Wien verdankt viel unseren Urgroßeltern“, so Chorgherr. 220.000 Wohnungen besitzt die Stadt selbst, weitere 180.000 befinden sich in der Hand öffentlich geförderter Genossenschaften. 62 Prozent der Wiener leben in einer Wohnung mit gedeckelter Miete – was natürlich auf dem gesamten Wohnungsmarkt die Preise dämpft.

Allerdings haben die stark steigenden Bodenpreise auch in Wien den Neubau sozial geförderter Wohnungen erschwert. Die rot-grüne Mehrheit im Wiener Landtag reagierte mit der oben beschriebenen Novelle der Bauordnung. „Ein starker Eingriff in den Markt und klassisch linke Politik, aber angesichts der Entwicklung absolut gerechtfertigt“, so der in Wien eher als „Realo“ bekannte Christoph Chorgherr, der an der Entwicklung der Novelle maßgeblich beteiligt war.

Ein ganz anderes Bild zeichnete Markus Büchler: Den Niedergang des sozialen Wohnungsbaus in Bayern. Vor 30 Jahren verfügte der Freistaat noch über

Belegungsrechte für 500.000 Wohneinheiten. Heute ist diese Zahl auf 138.000 geschrumpft – Folge unter anderem von Verkäufen wie der der staatlichen GBW (33.000 Wohnungen) an einen Investor, zum Schaden der Mieter, die nun hohen Mietsteigerungen ausgesetzt sind. „Das war ein Fehler, der mittlerweile auch in Teilen der Staatsregierung bereut wird“, so Büchler, „denn in Bayern fehlen 70.000 Wohnungen. Die Gründung einer neuen staatlichen Wohnbaugesellschaft mit der Zielzahl von 10.000 Wohnungen bis 2025 ist da bei Weitem nicht ausreichend. Wir brauchen eine echte staatliche Offensive zum Bau von bezahlbaren Wohnungen.“

Büchler kündigte ein Antragspaket der grünen Landtagsfraktion an. Dazu gehört ein ambitioniertes Wohnungsbauförderungsprogramm, durch das innerhalb der nächsten fünf Jahre 50.000 neue Wohnungen entstehen sollen. Eine Milliarde Euro will die grüne Landtagsfraktion dafür im Haushalt bereitstellen – Geld, mit dem gerade auch Genossenschaften zum Wohnungsbau ermutigt werden sollen. Wichtig ist auch die Verlängerung der Bindungsfristen im sozial geförderten Wohnungsbau von 25 auf 40 Jahre.

Die Bindungsfristen sind ein gravierender Unterschied zu Wien, wo viele Wohnungen „auf ewig“ in der Sozialbindung bleiben können, was in Deutschland nach geltender Rechtsprechung unmöglich ist. Dazu müsste zunächst Bundesrecht geändert werden. Auch eine sozialere Ausgestaltung des Bodenrechts ist eine Aufgabe, die nur der Bund erfüllen kann – eine besonders wichtige Aufgabe aus der Sicht von München, wo die Grundstückspreise förmlich explodiert sind.

Katrin Habenschaden: „Wir können und dürfen in München natürlich nicht darauf warten, dass der Bund und der Freistaat endlich aktiv werden, sondern müssen alle Möglichkeiten nutzen, die die Stadt hat. Dazu gehört zum Beispiel eine Reform der Sozialen Bodennutzung, die der Stadt die Möglichkeit gibt, noch mehr

geförderten Wohnraum festzulegen und für einen ordentlichen Grünflächenanteil zu sorgen. Wir werden uns außerdem dafür einsetzen, dass die Stadt München nach dem Vorbild von Wien einen Grundstücksfonds gründet, der der Stadt durch systematische Aufkäufe langfristig eine stärkere Stellung bei stadtplanerischen Entscheidungen sichert – auch gegenüber Investoren.

Auch wenn die wohnungspolitischen Erfolge von Wien aufgrund anderer historischer und rechtlicher Voraussetzungen nicht eins zu eins auf München übertragbar sind, macht uns das Beispiel Wien Mut. Wo eine Wille ist, ist auch ein Weg – zu mehr bezahlbaren Wohnungen und damit zu mehr sozialer Gerechtigkeit.“

Bezahlbare Wohnungen gibt es nicht ohne SEM

Die beiden beabsichtigten großflächigen Siedlungsprojekte im Münchner Norden und Nordosten haben zu heftigen Kontroversen geführt. Wie viele Wohnungen und Arbeitsplätze sollen entstehen? Ist es legitim und sinnvoll, dafür das Instrument der Städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM, siehe Kasten) anzuwenden?

Während die SPD bei dem Siedlungsprojekt in Feldmoching unter dem Druck der CSU und der Grundeigentümer*innen einen Rückzieher gemacht und die SEM auf Eis gelegt hat, ist sie bei der geplanten Entwicklungsmaßnahme im Nordosten standhaft geblieben – um jetzt der CSU genau das politische Versagen vorzuhalten, das ihr selbst im Norden unterlaufen ist.

Die Haltung der Grünen ist klar: Ja zur SEM im Nordosten (im Norden gibt es aktuell keinen Entscheidungsbedarf), denn, so Fraktionschefin Katrin Habenschaden, „nur so kann auf Dauer bezahlbarer Wohnraum entstehen, der nicht bald wieder aus der Sozialbindung fällt – am besten in genossenschaftlicher Hand oder direkt

Eine Überlastung der Verkehrsstrukturen kann und muss verhindert werden

bei einer der städtischen Wohnbaugesellschaften.“ Zur Bedingung machen die Grünen allerdings neben einer deutlich verbesserten Bürgerbeteiligung eine besonders flächenschonende Planung, die nur circa ein Sechstel des Planungsgebietes bebaut und zunächst ökologisch hochwertigen Freiräume definiert – wie zum Beispiel den vollständig renaturierten Hüllgraben und einen Badesee. Gebaut werden soll in urbaner Dichte mit bis zu acht Geschossen, dies allerdings in deutlichem Abstand von dem durch Einfamilienhäuser geprägten Gebäudebestand.

Unabdingbar ist für die Grünen ist auch ein modernes Mobilitätskonzept, ein weitgehend autofreies neues Stadtquartier, ein Quartier der kurzen Wege mit Priorität für den Fuß- und Radverkehr, einem engmaschigen Radwegenetz sowohl zu den benachbarten Stadtquartieren als auch in die Nachbargemeinden und einer sehr guten Erreichbarkeit mit dem ÖPNV. Stadtrat Paul Bickelbacher: „Eine Überlastung der Verkehrsstrukturen kann und muss verhindert werden. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz des neuen Quartiers durch die Anwohner.“

Vor Ort hat die SEM allerdings viele Gegner*innen – mit oder ohne modernem Mobilitätskonzept. Stadtrat Herbert Daner beklagt, dass die öffentliche Diskussion trotz eines weit verbreiteten Konsenses über die Grundsätze der Entwicklung so kontrovers geführt werde: „Alle sind sich im Grundsatz einig, dass in München Wohnungen gebaut werden müssen – und zwar bezahlbare Wohnungen in einem

schlüssigen städtebaulichen Gesamtkonzept und ohne flächendeckende Enteignungen. Die Erfahrung zeigt nur allzu deutlich, dass private Entwicklungsflächen – auch wenn sie nach den aktuellen Münchner SoBoN-Regularien (Soziale Bodennutzung) entwickelt werden – grundsätzlich an spekulative Immobilienentwickler oder gewinnorientierte Baufirmen verkauft werden und nicht für den Bau von ‚bezahlbarem‘ bzw. genossenschaftlichem Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Ein abschreckendes Beispiel hierfür ist das ehemalige Paulanergelände, wo trotz SoBoN der Quadratmeter Wohnraum für bis zu 21.000 Euro angeboten wird – gewiss kein Beitrag zur Linderung der Wohnungsnot der beim Sozialreferat vorgemerkten 13.000 Haushalte in München.“

WAS IST EIGENTLICH EINE STÄDTEBAULICHE ENTWICKLUNGSMASSNAHME (SEM)?

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen sind in den §§ 165 ff. im Besonderen Städtebaurecht des Baugesetzbuch (BauGB) geregelt. Sie müssen für die Entwicklung der Gemeinde von besonderer Bedeutung sein, wenn es „das Wohl der



Allgemeinheit [...] erfordert, insbesondere zur Deckung eines erhöhten Bedarfs an Wohn- und Arbeitsstätten [und] zur Errichtung von Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen [...].“

Die SEM ist als kooperatives Planungsinstrument angelegt, das durch umfangreiche vorbereitende Untersuchungen eine einheitliche Planung eines größeren Entwicklungsgebiets ermöglicht und die Bodenwertsteigerungen fair verteilt. Bei einer SEM erwirbt die Stadt möglichst alle Grundstücke zum „entwicklungsunbeeinflussten“ (in der Regel landwirtschaftlichen) Wert. Wer nicht an die Stadt verkaufen möchte und sich verpflichtet, die Ziele der SEM selbst zu realisieren, muss einen Ausgleichsbetrag für die Bodenwertsteigerung zahlen. Auf diese Weise können Verkehrsanbindung (insbesondere schienengebundener ÖPNV), öffentliche Grünflächen, soziale und kulturelle Infrastruktur sowie die verbilligte Abgabe von Grundstücken für geförderten beziehungsweise preisgedämpften Mietwohnungsbau aus den (in München enormen) Bodenwertsteigerungen einer städtebaulichen Entwicklung refinanziert werden. Verbleibende Überschüsse werden an die bisherigen Eigentümerinnen und Eigentümer verteilt.

Die Alternative zu einer SEM ist eine Entwicklung über einzelne Bebauungspläne. Der Großteil der erforderlichen Infrastruktur wird dabei über Steuergelder finanziert, und der Anteil des bezahlbaren Wohnraums ist wesentlich kleiner und durch die kurzen Bindungsfristen (25 Jahre) nicht von Dauer.

Joe Högl



Trauer um Gerd Wolter

Am 9. Februar verstarb im Alter von 77 Jahren Gerd Wolter, der von 1984 bis 1990 der ersten grünen Stadtratsfraktion in München angehörte. Als erster offen schwul lebender Kommunalpolitiker in Deutschland war er ein Pionier im Kampf um gleiche Rechte für Homosexuelle. 1989 gehörte er zu den Gründern der Rosa Liste, der schwul-lesbischen Wählerinitiative, die seit 1996 im Stadtrat vertreten ist.

Stadtrat Thomas Niederbühl und Fraktionsvorsitzender Dr. Florian Roth würdigten die politische Leistung von Gerd Wolter.

Thomas Niederbühl: „Zu einer Zeit, als das öffentliche Bekenntnis zu seiner gleichgeschlechtlichen Orientierung noch außergewöhnlichen Mut erforderte und an gleichgeschlechtliche Eheschließungen noch überhaupt nicht zu denken war, hat Gerd Wolter die

Lebenssituation schwuler Männer auf die Tagesordnung der Politik gesetzt und den Kampf gegen finstere Vorurteile aufgenommen.“

Dr. Florian Roth: „Als sozialpolitischer Sprecher der Fraktion kümmerte er sich mit viel Empathie um wirtschaftlich Schwache. Vor allem die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderung war ihm ein Herzensanliegen, das er mit viel Engagement vertreten hat. Wir werden Gerd Wolter, einen Vorkämpfer für die Rechte der Schwulen, immer ein ehrendes Andenken bewahren.“

IMPRESSUM

Herausgegeben von der Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste
gruene-fraktion-muenchen.de

MELDUNGEN

Fotos: Anna Schmidhuber



Katharina Schulze: „Wir haben im Landtagswahlkampf gezeigt: Mit feministischer Politik gewinnt man Wahlen!“

Frauenförderprogramm

Frauenvollversammlung war ein voller Erfolg

Mehr als 130 Frauen kamen zur Frauenvollversammlung Ende Februar unter dem Leitwort „Es ist Zeit – Wir machen uns Frauen stark“. Die Versammlung war der Auftakt des im November beschlossenen Frauenförderprogramms der Münchner Grünen.

Die Teilnehmerinnen spiegelten die ganze Bandbreite der Frauen in unserer Partei: Von ganz neuen Mitgliedern bis zu Frauen, die schon seit den 1980er Jahren dabei sind, von Frauen, die erstmals überhaupt bei einer Parteiveranstaltung waren bis hin zu langgedienten Aktiven, von Basis bis Bundestag, von Jugendlichen bis zu Seniorinnen waren alle vertreten.

Wir Grüne sind eine feministische Partei. Bereits in unseren Anfangsjahren standen die Themen Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung deshalb auch ganz oben auf der politischen Agenda. Es hat sich schon einiges getan in den vergangenen Jahrzehnten. Der Anteil von Frauen in den verschiedenen Parlamenten ist jedoch noch immer unterdurchschnittlich, selbst

wenn die grünen Fraktionen zeigen, dass es auch anders geht.

„Kommunalpolitik ist größtenteils männlich geprägt“, erläuterte bei einer Podiumsdiskussion zu Beginn der Versammlung Katrin Habenschaden, einzige weibliche Fraktionsvorsitzende im Münchner Stadtrat. Ein Ziel des Frauenförderprogramms der Partei ist es, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Nach dem Podium und einer Kaffeepause ging es in Workshops, die dem Austausch und der Evaluation dienten und entsprechend detailliert dokumentiert wurden. Das Koordinationsteam des Frauenförderprogramms wird die Ergebnisse auswerten und für die Ausarbeitung des Programms nutzen. Ein erster Blick genügt, um die durch die Bank positiven Rückmeldungen für das Veranlassen der Frauenvollversammlung aufzunehmen. Der Ruf nach Wiederholung und Etablierung als regelmäßige Veranstaltung im grünen Kalender Münchens war in allen Workshops zu hören. Für den Nachmittag konnten die Frauen unter verschiedenen Fortbildungs- und Austauschangeboten wählen.

Gudrun Lux

Es ist Zeit – Wir machen uns Frauen stark

Frauen gestalten Politik – auf dem Podium diskutierten grüne Politikerinnen.



MELDUNGEN



Foto: Stella Traub

400.000 Wohnungen hat die Stadt Wien. Ein Erfolgsmodell, von dem der Wiener Grüne Christoph Chorgherr berichtet. Was davon kann wie auch in München angepackt werden?

Dieter Janecek, MdB

Wohnen: Mehr Wien wagen!

„Schärfer als die schärfste Kritik ist die konkrete Alternative“ – unter diesem Motto hat der Wiener Grünen-Politiker Christoph Chorgherr 27 Jahre lang die Wiener Wohnungspolitik und Stadtplanung vorangetrieben. Dort verfügt die Stadt insgesamt über etwa 400.000 Wohnungen (hier: nur gut 60.000). Bei neuen Baugebieten müssen neuerdings 60 Prozent für 5 Euro pro Quadratmeter kalt vermietet werden. Auf Einladung unseres Bundestagsabgeordneten Dieter Janecek diskutierten Stadträtin Katrin Habenschaden und Bernadette Felsch mit ihm, wie das Wiener Erfolgsmodell auf München übertragen werden kann. Klar ist: München ist kein Bundesland wie Wien. Aber wir können nicht darauf warten, dass Bund und Freistaat endlich aktiv werden bei sozialer Bodenwertsteuer, längerer Sozialbindung, mehr Investitionen und einer Förderung von Genossen-

schaften. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, die die Stadt hat, von einem städtischen Grundstücksfonds bis zu einer Reform der Sozialen Bodennutzung für mehr geförderten Wohnraum. Der Mietwahnsinn ist kein unvermeidliches Naturereignis, bezahlbare Mieten sind möglich!

Thomas von Sarnowski

AK Feminismus

Frauenarmut – warum und was tun?

Mit steigenden Lebenshaltungskosten und Mieten sind in Städten wie München immer mehr Menschen von Armut betroffen. Frauen, die noch immer im Schnitt weniger verdienen, unbezahlte Care-Arbeit verrichten und eine geringere Rente beziehen als Männer, sind im Besonderen gefährdet, unter die Armutsgrenze zu fallen oder schon darunter zu sein. Sabrina Schmitt, wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Forschungsverband ForGenderCare,



Strukturelle Ursachen von Frauenarmut wurden beim AK-Feminismus-Treffen diskutiert.

sprach mit uns über strukturelle Ursachen, die Rolle der Kommune und mögliche Lösungswege. Ein großes Problem ist die geringe Möglichkeit armer Frauen, an Politik teilzuhaben. Denn meist sind sie mit ihrer eigenen Lebenserhaltung beschäftigt und können sich zudem keine Parteibeiträge leisten. Bei den Grünen in München liegt der Mindestbeitrag beispielsweise bei sechs Euro im Monat.

Johanna Lindner

Dieter Janecek, MdB

Wie groß ist die Gefahr durch autonome Waffen?

Die Entwicklung von letalen autonomen Waffensystemen ist eine reale Gefahr. Der Terminator mag Science-Fiction sein, bewaffnete Drohnen, die Angriffsziele selbständig attackieren, sind es nicht. Vom Kampfroboter des russischen Herstellers Kalaschnikow über „Kamikaze“-Drohnen bis zu teilautonomen waffenbestückten Kleinfahrzeugen – die technische Entwicklung schreitet schnell voran. Was heute möglich ist und wie eine Ächtung von autonomen Waffensystemen erreicht werden kann, darüber sprach Ende Januar Dr. Frank Sauer von der Bundeswehruniversität bei einer Veranstaltung in Kooperation mit Doris Wagner, bis 2017 Mitglied im Verteidigungsausschuss, der LAG Internationales und dem AK Digital im Wahlkreisbüro von Dieter Janecek. Dass wir dringend handeln müssen, bevor die Büchse der Pandora (komplett) geöffnet ist, darüber

Foto: Johanna Lindner



Tödliche autonome Waffensysteme müssen weltweit geächtet werden.

waren sich alle einig. Die LDK verabschiedete am 3. Februar einen Antrag, der ein deutlich größeres deutsches Engagement für die Ächtung von tödlichen autonomen Waffensystemen fordert.

Alexander König

Bundestagsbesuch

Eine Woche im Abgeordnetenschatten

Über das Frauenförderprogramm des KV Münchens bekam ich die Möglichkeit, ein Shadowing-Programm bei einer grünen Mandatsträgerin zu absolvieren, und so wurde ich für eine Woche zur ständigen Begleitung von Beate Walter-Rosenheimer, MdB, Sprecherin für Jugendpolitik und Aus- und Weiterbildung der grünen Bundestagsfraktion. Wie funktioniert die Abgeordnetenarbeit im Bundestag überhaupt und wie läuft so eine Woche im Bundestag organisatorisch ab? Als politischer Laie erhält man nur selten Einblicke in den eigentlichen Parlamentsbetrieb. Umso spannender war es zu erfahren, wie sich die aktuellen Themen der Woche ihren Weg von der kleinsten Organisationseinheit, den thematischen Arbeitsgruppen innerhalb der grünen Fraktion, über die Arbeitskreise bis hin zur Fraktionssitzung bahnen, um dann zu-

nächst in den Ausschüssen und letztlich im Plenum des Bundestages diskutiert zu werden. Die Änderung des Paragraphen 219a, der nationale Bildungsbericht, der Digitalpakt für die Schulen, der Bericht der Kohlekommission, das Starke-Familien-Gesetz: An kontroversen Themen mangelte es nicht in der Sitzungswoche und entsprechend hitzig verliefen die Debatten auf allen Ebenen. Nicht nur diese Einblicke hinter die Kulissen der grünen Bundestagsarbeit machten die Woche in der Hauptstadt zu etwas ganz Besonderem, auch die persönlichen Begegnungen waren einzigartig: ein Besuch im Kirchenasyl bei zwei geflüchteten homosexuellen Frauen, denen in Bayern die Abschiebung droht, die Gespräche mit Beate und ihrem Team zu Frauen in der Politik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, politischer Basisarbeit und vielem, vielem mehr. Politik auf diese Weise so hautnah zu erleben, war unglaublich motivierend!

Anna Weyand

Arbeitskreis Migration

Wahlen zum EU-Parlament 2019

Etwa 30 Prozent der Wahlberechtigten in München sind entweder EU-Bürger*innen oder eingebürgerte Migrant*innen – eine wahlentscheidende Größenordnung. Der Migrations-AK hat sich daher ausführlich mit dem Wahlrecht der EU-Bürger*innen zu den Europawahlen beschäftigt. Im Gegensatz zu den letzten EU-Wahlen dürfen Unionsbürger*innen nur noch in einem Land wählen – entweder im Herkunftsland oder an ihrem Wohnort. Unionsbürger*innen, die in Deutschland an der Wahl teilnehmen möchten, müssen im Wählerverzeichnis eingetragen sein. Wer bei der Europawahl 2014 bereits in Deutschland im Wählerverzeichnis eingetragen war und in Deutschland wählen konnte, erhält automatisch bis zum 5. Mai 2019 eine Wahl-

benachrichtigung durch das Wahlamt. Unionsbürger*innen, die in Deutschland eine Partei wählen wollen und nicht von Amts wegen in das Wählerverzeichnis in München eingetragen sind, müssen einen förmlichen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen. Der Antrag muss spätestens am 21. Tag vor der Wahl, also am 5. Mai, bei der Gemeinde (München Kreisverwaltungsreferat) eingehen. Das Antragsformular kann im Internet heruntergeladen werden. Darüber hinaus werden Antragsformulare in Kürze auch beim Wahlamt in München (KVR) erhältlich sein. Die Stadtratsfraktion der Grünen hat zwischenzeitlich einen Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung einer Informationskampagne zur Europawahl für EU-Bürger*innen eingereicht. Der Migrations-AK wird in nächster Zeit weitere Aktivitäten entwickeln, um EU-Wähler*innen für die Grünen zu gewinnen.

Manfred Bostl

Arbeitskreis Queer

Ein neuer grüner Arbeitskreis

Ende Februar kam der AK-Queer zu seinem Gründungstreffen zusammen. Als Sprecher*innen wurden Sarah Wetzel und Florian Schönemann gewählt. Der dritte Sprecher*innen-Posten für Trans*-Personen ist vorerst noch offen. Ziel des AKs ist nicht nur die Unterstützung des Stadtvorstands bei der Organisation rund um den CSD, sondern auch die inhaltliche Arbeit und das Sichtbarmachen der vielen queeren Personen bei den Münchner Grünen. Nach der Wahl ging es sofort mit dem Sammeln von Ideen für den CSD am 13. Juli im Jubiläumsjahr 50 Jahre Stonewall los. Kommt vorbei und macht mit uns München bunter und queerer.

Sarah Wetzel und Florian Schönemann

AUS DEN ORTSVERBÄNDEN



Foto: Stella Traub

Tessa Ganserer, neue queerpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, war zu Gast im queerpolitisch besonders aktiven OV Zentral, um sich und ihre politischen Schwerpunkte vorzustellen.

OV Zentral

Queerpolitischer Impuls mit Tessa Ganserer

Zu Gast beim OV-Treffen im Februar war Tessa Ganserer, MdL und queerpolitische Sprecherin. Das Interesse war enorm und der Saal gut gefüllt. Mitglieder und Gäste aus Vereinen und Gruppen der Münchner queeren Szene konnten mehr über den persönlichen Werdegang von Tessa erfahren. Anschließend wurde bei einer offenen Diskussions- und Fragerunde über aktuelle Themen gesprochen: Verbot von sogenannten Homoheilungstherapien, Notwendigkeit einer Reform des Transsexuellengesetzes, dritte Option für nichtbinäre Menschen sowie die Notwendigkeit eines Aktionsplanes gegen Homophobie und Transphobie – Bayern ist das einzige Bundesland ohne einen solchen Aktionsplan! Der Abend wurde zum Austausch über queerpolitische Themen und intensiv

zum Networking genutzt. Ein wichtiger Impuls für unsere queerpolitische Agenda.

Benoît Blaser

OV Neuhausen/Nymphenburg

Welche Schule brauchen Schüler*innen in Bayern?

Ende Februar fand im Backstage die Diskussionsveranstaltung „Übertretsstress und Auslese oder Lernmotivation und Vorbereitung auf lebenslanges Lernen?“ statt. Thomas Gehring, MdL, und Stadträtin Anja Berger diskutierten nach Impulsreferaten aus Wissenschaft und Praxis mit Linda Summer-Schlecht vom Bayerischen Elternverband, Marla Kyriss und Carmen Jasak von der Stadtschüler*innenvertretung, Prof. Michael Zehetleitner von der Universität Eichstätt und Felix Berth vom Deutschen Jugendinstitut über die Frage, wie ein gutes Schulsystem aussehen sollte

und wie man Veränderungen politisch angehen könnte. Weitgehende Einigkeit bestand darin, dass die aktuelle frühe Selektion in Bayern nach der vierten Klasse vielfach zu hohem Stress führt und keine Vorteile gegenüber einer längeren gemeinsamen Schulzeit nachgewiesen sind – die im Übrigen auch eine Mehrheit der vom Bayerischen Elternverband befragten Eltern befürwortet.

Claudia Wirts und Linda Summer-Schlecht

OV Schwabing

„Greenwashing“ – durch Konsum die Welt retten?

Alles öko, alles super? Immer mehr Unternehmen nutzen den Wunsch vieler Menschen nach nachhaltigen Produkten, um diese mit leeren Versprechungen in die Irre zu führen. Dabei gaukeln Konzerne in perfider Weise vor, dass der Kauf von zertifizierten Produkten ein aktiver Beitrag zur Weltrettung darstelle. Kathrin Hartmann, Autorin und Filmemacherin („Die grüne Lüge“) und Dieter Janecek, MdB, diskutierten einen Abend lang sowohl über das Phänomen „Greenwashing“, als auch über Auswege aus der Misere. Obwohl inhaltliche Differenzen der beiden Referent*innen die Diskussion lebhaft gestalteten, blieb



Wie kann echte Nachhaltigkeit eingefordert werden, die nicht nur Marketing-Gag ist?

eines immer klar: Die Staaten des globalen Nordens müssen ordnend tätig sein und sozial-ökologische Nachhaltigkeit bei Unternehmen einfordern, ohne dass dies zum reinen Marketing-Gag verkommt.

Emil Bein

OV Pasing/Aubing

Seilbahnen – ein Option für München?

Auf der Suche nach alternativen Verkehrskonzepten punktet die Seilbahn insbesondere durch schnelle Realisierbarkeit und geringe Kosten. Die Einsatzmöglichkeiten sind äußerst vielfältig: ob als Lückenschließer, Entlastung, Verlängerung, Überbrückung oder Verbindung in schon bestehenden Verkehrssystemen. Heiner Monheim, Professor für Angewandte Geographie, Raumentwicklung und Landesplanung, versteht die Seilbahn nicht als Ergänzung zum Autoverkehr. Vielmehr sieht er diese als Möglichkeit, die Lücken im öffentlichen Nahverkehr zu schließen und das Auto überflüssiger zu machen. Und tatsächlich: Der Funke scheint übersprungen zu sein. Noch während der Veranstaltung finden sich um die Münchener Stadträt*innen Katrin Habenschaden und Paul Bickelbacher mehrere Interessenten zusammen, die gemeinsam konkrete Seilbahnprojekte ausarbeiten wollen. Die schon länger existierenden Überlegungen im OV Pasing/Aubing, das durch die Bebauung in Freiam befürchtete Verkehrschaos vielleicht mit einer Seilbahn verhindern oder zumindest lindern zu können, nimmt der OV-Vorstand gerne mit.

Dagmar Mosch



In voller karnevalesker Montur unterwegs war der OV Bogenhausen beim Gaudiwurm.

OV Bogenhausen

Da simmer dabei: Gaudiwurm in Oberföhring

Verkleidet als motivierte Europäer*innen ist der OV Bogenhausen beim Faschingsumzug in den Wahlkampf gestartet. Flyer haben wir zwar keine verteilt, dafür umso mehr Kamelle, Spaß und gute Laune. Unser Wagen mit Stier, Europafahne und Europa-Spruch zauberte bei vielen Zuschauer*innen am Straßenrand ein Lachen ins Gesicht und wurde oft fotografiert.

Marianne Moser

OV Schwabing

„Grün fragt“ – Wie erreichen wir Wähler*innen?

Was müssen wir Grüne tun, um bei Wahlen noch besser abzuschneiden? Diese Frage stellen wir uns regelmäßig, wirklich beantworten kann sie aber nur der*die Wähler*in! Wir haben in einem durch Udo Philipp initiierten Testfeld einfach direkt gefragt und dazu im Winter Wohnungstüren im OV-Gebiet abgeklingelt, fast hundert Interviews geführt und spannende Einblicke in die Themen gewonnen, die unsere Nachbar*innen beschäftigen.



Und womit können wir Grüne Sie überzeugen? Georg und Isabel fragen nach!

Dabei haben wir ein breites Spektrum abgedeckt, Gegenden mit einem Landtagswahlergebnis von 46 Prozent bis 15 Prozent, und vielfältiges Feedback auf die Parteiarbeit erhalten. Was haben wir gelernt? Wähler*in direkt zu befragen führt zu unglaublich vielen Einblicken und Ideen. Input, der uns helfen wird, bei den Kommunalwahlen unser Landtagswahlergebnis zu wiederholen, wenn nicht sogar zu steigern – denn das wird uns zugetraut. Auch können sich über 50 Prozent der Befragten eine*n Grüne*n Oberbürgermeister*in für München durchaus vorstellen. Darauf aufbauend werden wir den Fragebogen noch nutzerfreundlicher gestalten und „Grün fragt“ fortsetzen.

Isabel Spieth

Internationaler Frauentag



#FrauenStimmenFürEuropa

Am Internationalen Frauentag und an jedem Tag stehen wir für eine feministische Politik in München und ganz Europa ein. Wir wollen, dass Frauen gleichberechtigt und selbstbestimmt alle gesellschaftlichen Bereiche gestalten können. Die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Selbstbestimmung sind lange Zeit durch Vorgaben aus Europa gestärkt und befördert worden. Dennoch ist noch einiges zu tun.

Deswegen drehen wir #FrauenStimmenFürEuropa laut auf!



PERSONALIA



Gerd Wolter Ein Nachruf von Joachim Lorenz

Am 9. Februar starb Gerd Wolter mit 77 Jahren. Er leitete unser erstes Stadtbüro,

war von 1984 bis 1990 Mitglied unserer sechsköpfigen Stadtratsfraktion und trat mit Nachdruck für seine Themen ein: die schwul-lesbische Politik, deren heutige Errungenschaften ohne ihn als ersten offen schwulen Stadtrat nicht denkbar wären, die Kulturpolitik, wo er für die freie Theater- und Künstlerszene räumliche und finanzielle Verbesserungen erreichte, und die Belange von Menschen mit Behinderung, die von der Zugänglichkeit zum Rathaus bis zu den Aufzügen in den U-Bahnen reichten. Er war 1988 maßgeblich an der Auswahl des Kulturreferenten und damit am Wandel der Kulturpolitik in unserem Sinne beteiligt. Im Herbst 1989 war er Mitgründer der Rosa Liste und kandidierte 1990 auf Platz 2 der Liste, die damals knapp den Einzug ins Rathaus verpasste. Er hat den Weg hin zur offenen Großstadtgesellschaft bereitet. Dafür danken wir ihm.

Werner Walter

Ein Nachruf von Lydia Dietrich

Am 9. Februar ist unser langjähriges grünes Mitglied Werner Walter gestorben. Werner gehörte zu den Urgesteinen der Münchner Grünen seit 1980. Er war mit Leib und Seele Stadtteilpolitiker. Ihn hat das unmittelbare soziale Umfeld interessiert. Seit 1985 war er aktives BA-Mitglied, bis 2014 im Vorstand. Haidhausen war seine Stadt in der Stadt, hier kannte er alles und jeden. Seine Arbeit im BA 5 war geprägt von hohem Einsatz für sein Viertel. Er packte schwierige Themen an: Stadtsanierung, Verkehrsberuhigung und Parkraumlizenzierung. Seine Anträge wie seine Versammlungsleitung waren

immer präzise und effektiv. Für langjährige BA-Arbeit erhielt er 2011 die Ehrung „München leuchtet in Silber“. Wir werden ihn sehr vermissen.

Sahra Aboudarar, Rady Ganev und Robert Sterner

OV Sendling/Sendling-Westpark

sind neue Beisitzer*innen im jüngst erweiterten OV-Vorstand.

Nejma Tamoudi und Jörg Spengler

OV Au/Haidhausen

wurden erneut zu OV-Sprecher*innen gewählt. Wiedergewählt als Beisitzer*innen sind Katharina Wittig, Arnost Stanzel, Ulrike Goldstein, neu außerdem Nicole Stiehl und Lukas Jakubicka. Ebenfalls neu ist Schatzmeister Andreas Kroppenstedt.



Stefanie Rothermel

ist ab 1. April Geschäftsführerin der Münchner Grünen. Die 27-jährige hat

Journalismus studiert und volontiert. Zuletzt war sie hauptamtliche Bundesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung (KLJB) und dort unter anderem für die strategische, personelle und finanzielle Ausrichtung des Verbands mit knapp 70.000 Mitgliedern verantwortlich.



Ulrich Lobinger

ist ab 1. Mai Kommunikationsreferent des Kreisverbands. Er ist bislang Pressesprecher eines städtischen Referats und war zuvor Rathausreporter einer Lokalzeitung.



CATHARINA GRABNER

OV Giesing/Harlaching



LUDWIG FELDER

OV Nord

Wie bist du zu den Grünen gekommen?

Das war ein längerer Prozess: von Nicht-mehr-wählen-Wollen, weil ich alles satt hatte, was die GroKo zu bieten hatte, bis zu der Entscheidung, doch endlich Mitglied bei uns Grünen zu werden. Nach den beeindruckenden Sondierungsverhandlungen und eini-ger Überlegung war es Ende März 2018 dann so weit.

Was ist dir ein politisches Herzensanliegen?

Da gibt es inzwischen so vieles, was mir unglaublich wichtig ist: Die aktuelle Lage unseres Klimas erfordert viel Entschlossenheit. Auf alle Fälle die Integration von Flüchtlingen. Im gesellschaftlichen Bereich bin ich geschockt von so viel Unwissenheit und Lieblosigkeit. Im privaten Umfeld wie auch in der Politik. Von meiner Arbeit ausgehend: Die Arbeitssituation meiner Kitakolleg*innen zu verbessern. Kinderschutz und Bildung sind eine wichtige Basis für unsere gesellschaftliche Zukunft. Die Fähigkeit, Mitgefühl zu zeigen, und gute Bildung schützen uns alle und geben Sicherheit bei politischen Entscheidungen.

Wer ist für dich ein Vorbild?

Eigentlich hatte ich nie Vorbilder, aber wenn man älter wird, merkt man, wer oder was einen positiv geprägt hat. Ich habe sehr viel Achtung vor dem, was meine Eltern in ihrem bisherigen Leben alles aushalten und schaffen mussten. Aber sie halten zusammen und geben nicht auf.

Was gefällt dir an München und was nicht?

Mir gefällt, dass München äußerlich eine grüne Stadt mit viel Freizeitwert ist und innerlich sehr rebellisch. Wir gehen für Umwelt, gegen Faschismus und für die Tiere auf die Straße. Das macht auch mich etwas stolz, zu dieser Stadt zu gehören. Früher war München als Radstadt Vorbild für andere Städte, aber inzwischen ist es regelrecht stehengeblieben. Die Straßen sind voll, die Radwege auch. Unsere Stadt platzt wohnungsmäßig aus allen Nähten und die Mieten steigen ins Unermessliche. München ist hektisch, laut und teuer geworden. Ich möchte als Grüne aktiv dazu beitragen, dass München wieder lebens- und liebenswerter wird!

Worüber hast du zuletzt gelacht?

Neulich auf der Frauenvollversammlung.

Wie bist du zu den Grünen gekommen?

Als ich 2016 zum Studieren nach München gezogen bin, hatte ich endlich die Möglichkeit, mich politisch zu engagieren, und bin der Grünen Jugend beigetreten. In dem kleinen Dorf am Tegernsee, in dem ich aufgewachsen bin, war das nämlich gar nicht so einfach. Als dann alle Mitglieder über das Bundestagswahlspitzenduo abgestimmt haben, bin ich auch bei den Grünen beigetreten.

Was ist dir ein politisches Herzensanliegen?

Auf der einen Seite der Kampf gegen Antisemitismus, der auch in München oft unerträglich ist. Andererseits ist es aber die Klima- und Umweltpolitik. Kein anderes Thema betrifft uns alle so krass und hat gleichzeitig das Potenzial, so viele junge Menschen zu mobilisieren.

Wer ist für dich ein Vorbild?

Ein richtiges Vorbild hab ich eigentlich gar nicht. Wenn ich mich festlegen müsste, wären meine Vorbilder wohl einfach die vielen tollen Menschen, die ich in den letzten Jahren in der Grünen Jugend kennengelernt habe.

Was gefällt dir an München und was nicht?

Vor allem die Menschen in der Grünen Jugend. In den letzten Jahren hatte ich mit denen, egal ob Wahlkampf im Regen oder Aktion im Winter, immer Spaß. Was ich nicht mag, sind definitiv die Mieten und Lebenshaltungskosten, da schaut man dann schon öfters neidisch in andere Großstädte in Deutschland und Österreich.

Worüber hast du zuletzt gelacht?

Als auf einer der letzten #fridaysforfuture-Streiks Dieter Reiter spontan auf die Bühne kam und eine Rede gehalten hat. Dabei hat er sich ein bisschen versprochen und meinte, dass die Zeit seiner Generation nun komplett um sei und nun unsere Zeit sei. So Unrecht hatte er damit wohl gar nicht.

DIE NÄCHSTEN NEUMITGLIEDERTREFFEN

Immer mehr Menschen wollen sich in der Partei engagieren und wir freuen uns über jedes einzelne neue Mitglied, auch Interessierte an einer Mitgliedschaft sind beim Neumitgliedertreffen herzlich willkommen.

Die Treffen finden jeweils um 19 Uhr statt im Tagungsraum der Grünen Geschäftsstelle, Sendlinger Straße 47.

Die nächsten Termine sind:

Dienstag, 30. April | Mittwoch, 28. Mai | Freitag, 28. Juni | Montag, 15. Juli |
Mittwoch, 11. September | Dienstag, 22. Oktober | Freitag, 22. November

7. April 2019 – 12.30 Uhr | Königsplatz RADSTERNFAHRT UND RADLEMO

Seit 28. März sammeln wir Unterschriften für den Radentscheid München! Die Radsternfahrt am Sonntag, 7. April, ist unser großer Auftakt. Los geht es um 12.30 Uhr: Schloss Nymphenburg, Studentenstadt, Ostbahnhof und Westpark. Die vier Züge vereinen sich um 13.45 Uhr zur Kundgebung am Königsplatz und ab 14.30 Uhr zur Fahrraddemo durch München – für stressfreies, komfortables und sicheres Radeln! Kommt zahlreich, mit Kindern, Freund*innen, grünen T-Shirts und Flaggen! Infos unter: adfc-m.de/sternfahrt

2. Mai 2019 – 19 Uhr | Wirtshaus am Bavariapark EUROPA AM SCHEIDEWEG?

Werte und Zusammenhalt, diskutiert am Beispiel Ungarns

Die Krise des Linksliberalismus einerseits, das Erstarken rechtspopulistischer und nationalkonservativer Parteien andererseits werfen große Schatten auf die Europawahl. Besonders in den früheren sozialistischen Staaten Osteuropas steht der Rechtsstaat unter Druck. Woher kommt diese Entwicklung und wie schaffen wir wieder mehr europäische Gemeinschaft? Was trennt uns – und was hält uns zusammen? Dazu diskutieren, moderiert von Stadtrat Dominik Krause, unsere bayerische Spitzenkandidatin für das Europaparlament Henrike Hahn, die Politikwissenschaftlerin und Ungarn-Expertin Dr. Melani Barlai von der Andrassy Universität Budapest sowie der grüne Europakandidat, Publizist und Verfassungsjurist Dr. Sergey Lagodinsky.

25. und 26. Mai | Leopoldstraße CORSO LEOPOLD

Am Wahlwochenende präsentieren wir Münchner Grüne uns beim Corso Leopold mit einem Infostand – natürlich rund um das Thema Europa. Damit wir viele Wähler*innen erreichen können, brauchen wir Dich! Hier kannst Du Dich für Schichten am Infostand eintragen: <https://gruenlink.de/1l5d>.

Alle Termine online:

Die komplette Übersicht über alle Termine versenden wir wöchentlich über den Newsletter und veröffentlichen sie tagesaktuell unter gruene-muenchen.de/termine

GRÜNE KONTAKTE

Unser Geschäftsstellenteam
Stefanie Rothermel, Anna Schmidhuber,
Wolfgang Leitner und Korbinian Werner
erreichst Du unter
stadtbuero@gruene-muenchen.de,
telefonisch unter 089/201 44 88 oder
persönlich in der Sendlinger Straße 47,
zu den Bürozeiten:

Montag und Donnerstag von 16 bis 17 Uhr
sowie Dienstag und Mittwoch von 12 bis
13 Uhr und nach Vereinbarung.

Kontaktdaten der Ortsverbände und
Arbeitskreise, der Stadtrats- und Bezirks-
tagsfraktion, unserer Abgeordneten sowie
der Grünen auf anderen Ebenen kannst
Du im Stadtbüro erfragen und findest Du
unter www.gruene-muenchen.de.

IMPRESSUM

GRETA

– grün, engagiert, tatkräftig, alternativ –
ist die Mitgliederzeitung der Münchner
Grünen und erscheint sechs Mal im Jahr.

Herausgeber:

Bündnis 90/Die Grünen, KV München
Der Vorstand

Sendlinger Straße 47, 80331 München
vorstand@gruene-muenchen.de
www.gruene-muenchen.de

IBAN: DE87 4306 0967 8090 6901 00

V.i.S.d.P.: Gudrun Lux

Redaktion: Gudrun Lux, Andreas Gregor,
Sofie Langmeier, Marcel Rohrlack und
Anna Schmidhuber

greta@gruene-muenchen.de

Lektorat: Magnus Lux, Marcel Rohrlack
und Ulrike Sengmüller

Anzeigen: Wolfgang Leitner und
Anna Schmidhuber
anzeigen@gruene-muenchen.de

Art Direction: Andreas Gregor

Gestaltung & Satz: Alexandra von Béry

Druck:

Uhl-Media
Kemptener Straße 36
87730 Bad Grönenbach
Klimaneutral gedruckt



+ Ökodruckfarben
+ 100% Recyclingpapier
+ 100% Ökostrom
+ je Druckauftrag wird ein Baum gepflanzt
+ klimaneutral & emissionsarm gedruckt

Mach mit! Werde Radl- botschafter*in



Du willst ein **stadtweites, lückenloses und engmaschiges Radverkehrsnetz**?

Du willst **sichere, breite und komfortable Radverkehrsanlagen**?

Du willst sichere, komfortable und stressfreie **Kreuzungen und Einmündungen**?

Du willst flächendeckend sichere und bedarfsgerechte **Fahrradabstellmöglichkeiten**?

Du willst eine gerechte, flächeneffiziente und lebenswerte **Aufteilung des öffentlichen Raums**?

Sonntag
30. Juni
2019

**RAD
RING
DEMO**



Für besseren Radverkehr in München
www.radentscheidmuenchen.de

